Landkie	13 00	Keillia	II N	33/2	010		21.	.04.2010		1	
Beschluss	vorlage		Berichts	svorlage	e [Öffentlich	ne		nichtöffer Sitzung	ntliche	
Beratungsfolge:								<u>Datu</u>	<u>m</u> :		
Fachausso	chuss										
Fachausschuss Finanze			en und Rechnungsprüfung					20.0	20.04.2010		
Kreisausschuss								03.0	03.05.2010		
Kreistag								19.0	5.2010		
Inhalt:											
Genehmigung	g einer	Eilentsche	idung i	über e	ine auße	erplanmäßi	ge Aı	ufwendung			
3 .	5		3			•	5	J			
Wenn Kosten er	ntstehen:										
Kosten			Produktkonto			aushaltsjahr		Mittel stehen z	Mittel stehen zur Verfügung		
85.560,00 €			31120.573210 2009								
			Deckungsvorschlag:								
Mittel stehen zur Verfügung	Gesamthaushalt des Haushaltsjahres 2009 Mehrerträge Erstattungen vom Land										
	9.				1160.448		iu				
Beschlussvorsch	hlag:										
Der Kreistag Einzelwertber	_	•			_	•		_	_	für die	
zuständiges Am	t:										
Sozialamt A. Nitso								i. V. Lotha	. V. Lothar Thiele		
		Amts-/Refe	eratsleite	erin	Dezern	ent		Landrat			
abgestimmt mit Dez./Amt/Ref.:			Name Uni					Unterschrift	iterschrift		
komm. Dezernentin III			Marita Rudick								
Beratungsergeb	nis:		_1					1			
Kreistag/			Stimmen Stimm- Einstimm			1	1				
Ausschuss		Datum		1		Einstimmia	La	ut Beschluss-		ender Be-	
FRA	+	Datum 20.04.10	Ja	Nein	Stimm- enthaltung	Einstimmig	La	ut Beschluss- vorschlag		luss	

Kreistag

19.05.10

Drucksachen-Nr.

Version Datum

Blatt

Begründung:

Gemäß § 58 Satz 2 BbgKVerf ist die beiliegende Eilentscheidung vom 12.04.2010 dem Kreistag in der zeitlich auf die Eilentscheidung folgenden Kreistagssitzung zur Genehmigung vorzulegen.

Die Voraussetzungen für die Herbeiführung einer Eilentscheidung nach § 58 Satz 1 BbgKVerf lagen vor. Hiernach entscheidet der Landrat zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils für den Landkreis im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Kreistages in dringenden Angelegenheiten des Kreistages oder des Kreisausschusses, deren Erledigung nicht bis zu einer vereinfacht einberufenen Sitzung aufgeschoben werden kann.

Die Herbeiführung eines Kreistagsbeschlusses hätte dazu geführt, dass die Erarbeitung des Jahresabschlusses 2009 nur erheblich verzögert umgesetzt werden könnte, da im Rahmen des Jahresabschlusses auch die Überprüfung von mehrjährigen Forderungen auf deren Werthaltigkeit zu erfolgen hat.

Folglich war für den Landkreis Uckermark dringender Handlungsbedarf im Sinne von § 58 Satz 1 BbgKVerf geboten.

In der Dienstanweisung 1/2009 - Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen sowie Aussetzung der Vollziehung und Einzelwertberichtigung durch den Landkreis Uckermark - ist der Umgang mit nicht niedergeschlagenen Forderungen geregelt, für die ein drohender Forderungsausfall zu berücksichtigen ist. Diese Forderungen verbleiben weiterhin im Forderungsbestand und die dazugehörigen ausfallenden Teil- bzw. Gesamtbeträge sind unter Verwendung des Produktkontos mit einem Aufwandskonto der Kontengruppe 5732 als Einzelwertberichtigung zu buchen.

In Vorbereitung des Jahresabschlusses 2009 erfolgte die Überprüfung von mehrjährigen Forderungen auf ihre Werthaltigkeit. Für die Forderungen, die teilweise oder vollständig als nicht werthaltig einzustufen sind, war die Einzelwertberichtigung durchzuführen.

Da während der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 nicht absehbar war, ob und in welcher Höhe sich Einzelwertberichtigungen ergeben, wurde für das dafür notwendige Produktkonto 31120.573210 kein Ansatz geplant, so dass eine außerplanmäßige Aufwendung in Höhe von 85.560,00 € notwendig ist.

Die Deckung ist über den Gesamthaushalt des Haushaltsjahres 2009 gegeben.

Anlage

Eilentscheidung vom 12.04.2010

Landkreis Uckermark - Der Landrat -

Kreisverwaltung Uckermark Postfach 12 65 Karl-Marx-Straße 1

17282 Prenzlau 17291 Prenzlau



Nebenstelle:

Stettiner Straße 21. 17291 Prenzlau

Dezernat: Amt/Referat:

Sozialamt

Bearbeiter(in):

Frau Nitschmann

7immer-/Haus-Nr ·

203/1

Telefon-Durchwahl:

03984 70-1150

Telefax:

03984 70-4950

F-Mail:

dezernat-2@uckermark.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

12.04.2010

Eilentscheidung gem. § 58 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) - Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung für die Einzelwertberichtigung von Forderungen im Produkt 31120 (Hilfe zur Pflege)

In der Dienstanweisung 1/2009 - Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen sowie Aussetzung der Vollziehung und Einzelwertberichtigung durch den Landkreis Uckermark - ist der Umgang mit nicht niedergeschlagenen Forderungen geregelt, für die ein drohender Forderungsausfall zu berücksichtigen ist. Diese Forderungen verbleiben weiterhin im Forderungsbestand und die dazugehörigen ausfallenden Teil- bzw. Gesamtbeträge sind unter Verwendung des Produktkontos mit einem Aufwandskonto der Kontengruppe 5732 als Einzelwertberichtigung zu buchen.

In Vorbereitung des Jahresabschlusses 2009 erfolgte die Überprüfung von mehrjährigen Forderungen auf ihre Werthaltigkeit. Für die Forderungen, die teilweise oder vollständig als nicht werthaltig einzustufen sind, war die Einzelwertberichtigung durchzuführen.

Da während der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 nicht absehbar war, ob und in welcher Höhe sich Einzelwertberichtigungen ergeben, wurde für das dafür notwendige Produktkonto 31120.573210 kein Ansatz geplant, so dass eine außerplanmäßige Aufwendung in Höhe von 85.560,00 € notwendig ist. Die Deckung ist über den Gesamthaushalt des Haushaltsjahres 2009 gegeben.

Für den Landkreis Uckermark ist dringender Handlungsbedarf im Sinne von § 58 Satz 1 BbgKVerf geboten, um die rechtzeitige Vorlage des Jahresabschlusses 2009 nicht zu gefährden.

Konto der Kreisverwaltung:

Sparkasse Uckermark

Kto.-Nr.: 3424001391 (BLZ 170 560 60) IBAN: DE67170560603424001391

BIC: WELADED1UMP

Steuernummer: 062/149/01062

Telefon-Vermittlung:

03984 70-0

Internet: www.uckermark.de Sprechzeiten:

Mo.: Di.:

08:00 bis 12:00 Uhr 08:00 bis 12:00 und

13:00 bis 17:00 Uhr nur nach Vereinbarung

Do.: Fr.:

08:00 bis 11:30 Uhr

Vom Landkreis Uckermark angegebene E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Sie dienen nicht der Übermittlung rechtsverbindlicher Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen.

Die Eilentscheidung ist dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 58 Satz 2 BbgKVerf zur Genehmigung vorzulegen.

In Vertretung

Lothar Thiele

Roland Resch

Kreistagsvorsitzender